

Beschlussvorlagezur Behandlung im: **Planungsausschuss**

Vorberatung im: -----

**Betreff: Städtebaulicher Entwicklungsbereich Stuttgarter Straße / Französisches Viertel, Teilgebiet Stuttgarter Straße
Vergabe von Entsorgungsarbeiten**

Bezug: 271/a , 62/06, 7/06, 191/05,

Anlagen: - Bezeichnung: -

Beschlussantrag:

Die Entsorgungsarbeiten der städtischen Altablagerung Holderfeld im Entwicklungsbereich, Teilgebiet Stuttgarter Straße, werden nach den Vorgaben des Ingenieurbüros *ihb* und des Tiefbauamts an den günstigsten Bieter, die Fa. Geiger aus Oberstdorf, zu einem Gesamtpreis von 149. 847,29 € vergeben. In dieser Vergabesumme sind Arbeiten in Höhe von ca. 16.000 € enthalten, die von dem Eigentümer der Liegenschaft, der GWG Tübingen, getragen werden.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr: 2006	Folgej.: 2007
Investitionskosten:		€ 134.000,- €	-
bei HHStelle veranschlagt:	Städtebaulicher Entwicklungsbereich		
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Umsetzung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Mit der Vorlage 191/2005 hat der Südstadtausschuss dem Entwicklungskonzept für den Bereich Stuttgarter Straße zugestimmt. Ziel des Konzepts ist es, in einer umfassenden Aufwertung des Areals die bestehenden Wohngebäude zu sanieren und teilweise zu privatisieren, sowie zusätzliche Wohn- und Geschäftsgebäude und eine Tiefgarage zu errichten. Nachdem das planungsrechtliche Verfahren Anfang 2006 mit dem Satzungsbeschluss abgeschlossen werden konnte, entsteht mit dem Beginn der baulichen Maßnahmen im östlichen Hof 3 zur Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses und der Tiefgarage die Notwendigkeit, in den betreffenden Teilbereichen die bestehende Altablagerung auszuheben. Hierbei handelt es sich um die bis in die 30iger Jahre genutzte, städtische Mülldeponie Holderfeld.

Das Ingenieur- und Hydrogeologische Büro GmbH in Tübingen (ihb) hatte die Altlast im Vorfeld bereits 1999 erkundet und Verunreinigungen mit PAK (polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen) und Schwermetallen festgestellt. Zur Abschätzung der Kosten für die anstehende Entsorgung des Bauaushubs wurden 2005 vom Ingenieurbüro nochmals Proben entnommen, die die Höhe der in der Erkundung vorgefundenen Belastung bestätigt haben. Die hierauf fußende Kostenschätzung des Ingenieurbüros vom 6.10.05 geht von Entsorgungskosten in Höhe von ca. 65.000 € aus. Diese wurden mit einem Sicherheitszuschlag in die Kosten- und Finanzierungsübersicht für den Teilbereich *Stuttgarter Straße* (Vo 191/2005) aufgenommen. Für die Beseitigung dieser Altlast sind hier 85.000 €, für Altlasten / Kampfmittel insgesamt Mittel in Höhe von 176.000 € vorgesehen.

2. Sachstand

Im Juli 2006 begann die GWG mit dem Aushub des Baufensters für die geplante Tiefgarage sowie der Gebäude und damit auch der Altablagerung. Der Aushub wurde auf einer städtischen Fläche zwischengelagert und zur endgültigen Festlegung des notwendigen Entsorgungsweges haufwerksweise beprobt. Die Ergebnisse dieser maßgeblichen Untersuchung fallen ungünstiger aus. Die Mischproben des Bodens nach dem Aushub ergaben eine höhere Belastung mit PAK als die vorher durchgeführten Stichproben. Hieraus ergeben sich voraussichtliche Kosten für die Entsorgung in Höhe von 134.000,- € (nach Abzug Anteil GWG). Gegenüber dem Ansatz von 85.000,- € in der KuF ergeben sich demnach Mehrkosten in Höhe von ca. 49.000,- €.

Die Verwaltung hat daraufhin geprüft, ob die Voruntersuchungen fachgerecht und ordnungsgemäß ausgeführt wurden. Ergebnis ist, dass das Ingenieurbüro fachgerecht und in enger Abstimmung mit der Verwaltung gearbeitet hat. Grund für die große Abweichung ist, dass in diesem Fall auch umfangreichste vorherige Beprobungen keine Gewähr für eine exakte Abschätzung der Gesamtbelastung und der Kosten bieten können, da sich insbesondere ehemalige Mülldeponien durch ihren heterogenen Aufbau einer exakten vorherigen Bewertung entziehen.

3. Lösungsvarianten

Aus Sicht der Verwaltung existieren daher keine Einsparpotentiale bei der Entsorgung dieser Ablagerung.

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt die Vergabe an das nach Prüfung und Wertung annehmbarste Angebot der Firma Geiger, Oberstdorf, zum Gesamtpreis von 149.847,29 € (incl. 16% MwSt.) vor. Von dieser Summe werden ca. 16.000,- € von der GWG als „Sowieso-Kosten“ für den Aushub des Erdreichs übernommen.

5. Finanzielle Auswirkungen

Die Mehrkosten von ca. 49.000,- € können zum Teil durch deutliche Einsparungen im Bereich Kampfmittelbeseitigung reduziert werden, so dass sich voraussichtlich für die gesamte KuF nur eine geringfügige Steigerung in einer Größenordnung von bis zu 10.000,- € ergeben wird. Die Verwaltung wird im Zuge der weiteren Altlasten- und Kampfmittelsondierung präzisierte Kalkulationen vorlegen.

Im Wirtschaftsplan 2006 sind für Altlastenbeseitigung 135.000,- € angesetzt. Zuzüglich der Kosten für Kampfmittelbeseitigung entstehen für das Jahr 2006 Mehrkosten von ca. 5.000,- €.

6. Anlagen

-